

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/03/2006

**über die öffentliche Sitzung am 25.04.2006,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 23:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann
Frau Carola Behr
Herr Rolf Griesenberg
Herr Gerd Smith

- i. V. f. StV Marzi -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen
Herr Klaus Schädel

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein
Frau Monja Löwer
Herr Hendrik Olschewski

- Seniorenbeirat, nur öffentl. Teil -
- bis incl. TOP 15/ 22:25 Uhr -
- Kinder- und Jugendbeirat -

Verwaltung

Frau Angela Haase
Herr Horst Kienel
Frau Christiane Link
Frau Ursula Pepper

- Protokollführerin
- Berichterstatter -
- Wirtschaftsförderung -
- Bürgermeisterin -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Annette Ulrich

Bürgerliche Mitglieder

Herr Horst Marzi

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 02/ 2006 vom 28.02.2006
6. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
7. Jahresabschluss 2005 - Bericht über Mehr- und Mindereinnahmen/ -ausgaben **2006/048**
8. Entwicklung der ins Haushaltsjahr 2005 vorgetragenen Haushaltsausgabereste **2006/044**
9. Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb - Stellungnahme der Verwaltung **2006/051**
10. Verschiedenes
- 10.1. Festkostenzuschuss für Kindertagesstätten
11. Kenntnisnahmen
- 11.1. Zahlungen der Stadt an die GAG

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Der Finanzausschuss ist beschlussfähig.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Der Berichterstatter teilt zu **TOP 13/ 3-Felder-Sporthalle bei der IGS** mit, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt werden müsse. Herr Dr. Schmidt von der VBD Beratungsgesellschaft ist wegen Krankheit verhindert.

Auf Nachfrage wird klargestellt, dass **TOP 9/ Stellungnahme der Verwal-**

tung zum Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes ZGW in einen Eigenbetrieb - wie in der Einladung dargestellt – öffentlich zu behandeln ist. Versehentlich ist diese Vorlage als nichtöffentliche Vorlage ausgewiesen.

Frau Löwer fragt zu **Vorlage 2006/ 059 - Gewerbegrundstücke Beimoor Süd / Kaufpreisabschlag für Grünstreifen** – nach. Diese Vorlage weist den 25.04.2006 als Beratungsdatum aus, sei aber nicht auf der Einladung des Finanzausschusses für die heutige Sitzung. Sie wolle hierzu gern beraten, ein Beschluss solle aber erst im Mai erfolgen. Dieses wird vom Finanzausschuss genauso gesehen.

Anmerkung der Verwaltung

*Die Beratung ist als **TOP 17.5** protokolliert.*

4 Einwohnerfragestunde

4. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

5 Genehmigung des Protokolls Nr. 02/ 2006 vom 28.02.2006

5. Genehmigung des Protokolls

Keine Einwendungen.

Das Protokoll ist sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teils genehmigt.

6 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

6. Bericht über die allgemeine.....

Der Berichterstatter teilt mit, dass auf städtischen Konten rd. 300.000 € verfügbar sind. Weitere 2 Mio. € sind als Tagegeld angelegt. Anfang Mai 2006 werden die Einkommensteueranteile für das 1. Quartal 2006 von rd. 1,0 Mil. €, zum 15.05.2006 Grund- und Gewerbesteuererinnahmen von rd. 5,0 Mio. € erwartet. Bis Mitte Mai wären somit Einnahmen von rd. 8,6 Mio. € vorhanden.

Für die kommenden vier Wochen werden Routineausgabe, darunter

1,0 Mio. € Kreisumlagenanteil, von rd. 1,6 Mio. € erwartet. Nach dem Steuertermin könnte ein Anteil von 5 Mio. € gegebenenfalls für vier Wochen fest angelegt werden.

Anmerkung der Verwaltung

Ende April 2006 (27.04.) ist vorübergehend ein Liquiditätsengpass eingetreten, sodass das städtische Konto um rd. 860.000 € überzogen wurde. Dieses wurde bereits zum 02.05.2006 durch den Eingang der Einkommensteuern von (netto) 1,08 Mio. € ausgeglichen.

Auf Nachfrage teilt der Berichterstatter zum Stand der Gewerbesteuern mit, dass dem Haushaltssoll von 18,0 Mio. € ein Anordnungssoll von 18,75 Mio. € gegenüber steht. Das Haushaltssoll ist somit realisiert. Davon sind tatsächlich (Stand 25.04.2006) 5,76 Mio. € bisher eingegangen.

7 Jahresabschluss 2005 - Bericht über Mehr- und Mindereinnahmen/ -ausgaben 2006/048

- Vorlagen-Nr. 2006/ 048 -

7. Jahresabschluss 2005 - Bericht über Mehr- und Mindereinnahmen/ -ausgaben -

Zu den **Mehreinnahmen** der Grundstueder B wird darauf hingewiesen, dass diese Situation sich 2006 aktuell nicht zu wiederholen scheint. Dem Haushaltssoll von 4,12 Mio. € steht ein Anordnungssoll von „nur“ 3,8 Mio. € zum heutigen Tag gegenüber. Die Entwicklung ist zu beobachten.

Zu den **Minderausgaben** wird zu HHSt 4820.6720 - Kostenanteil Grundsicherung nach SGB II - ausgeführt, dass die Abschläge erst zum Juni 2005 begannen. Der Haushaltsansatz 2005 wurde im Nachtragshaushalt auf 496.000 € abgesenkt. Der städtische Kostenanteil 2005 ist unverändert noch nicht abschließend bekannt, da die Revision noch aussteht.

Zu HHST 2700.7000 - Zuschuss an den Schulverein der Fritz-Reuter-Schule - wird erläutert, dass diesen Minderausgaben gleich hohe Mindereinnahmen gegenüberstehen. Die Position ist somit neutral.

Zu HHSt 8805.7180 – Umzugskostenbeihilfe – wird auf Nachfrage durch Frau Link erläutert, dass es sich hierbei um eine rein vorsorglich aufgenommene Haushaltsposition handelte für den Fall, dass für die

Umzüge aus den städtischen Wohnungen Rosenweg bzw. Akazienstieg Umzugskostenbeihilfen hätten gewährt werden müssen. Diese konnte entfallen.

Zu den **Minderausgaben** im Vermögenshaushalt bei HHSt 2700.9430 - Deckenerneuerung der Fritz-Reuter-Schule – wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei lediglich um eine Verschiebung von Sanierungsmaßnahmen handelt. Die Mittel wurden 2005 als Deckungsvorschlag herangezogen.

Weitere Nachfragen ergeben sich nicht.
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Über Haushaltspositionen, die den Jahresabschluss 2005 verschlechtern, wird im Rahmen des Erläuterungsberichtes zum Haushaltsjahr 2005 berichtet.

**8 Entwicklung der ins Haushaltsjahr 2005 vorgetragenen 2006/044
Haushaltsausgabereste**

- Vorlagen-Nr. 2006/ 044 -

**8. Entwicklung der ins Haushaltsjahr 2005 vorgetragenen Haus-
haltsausgabereste**

Den Jahresabschluss 2005 belasten neben neu zu bildenden Haushaltsausgaberesten der Ansätze aus dem Haushaltsplan 2005 Reste der Vorjahre, die weiter vorzutragen sind und über deren Entwicklung 2005 hiermit erstmals berichtet wird.

Zu HHSt 4649.9500 – Bau- und Planungskosten der Kindertagesstätte „Zauberredder“ – wird auf Nachfrage ausgeführt, dass ein Beweissicherungsverfahren noch nicht abgeschlossen werden konnte.

- 9 **Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb - Stellungnahme der Verwaltung** 2006/051

- Vorlagen-Nr. 2006/ 051 -

9. Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes „Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)“ in einen Eigenbetrieb - Stellungnahme der Verwaltung -

Der Ausschussvorsitzende nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung den CDU-Antrag nicht unterstützt. Die Diskussion erfolgt in Vorbereitung eines Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung über diesen Antrag.

Der Vorsitzende formuliert die in der Vorlage genannten Argumente, die aus Sicht der Verwaltung gegen eine Umwandlung sprechen:

1. Hinsichtlich der Vermögenshaftung, Personalführung und Einflussnahme durch die städtischen Gremien ergeben sich keine oder keine wesentlichen Änderungen.
2. Die Ablösung des kameralen Haushaltsrechts und der damit verbundenen Einführung der Doppik für die Gesamtverwaltung wird auch für den Regiebetrieb ZGW bedeuten, dass hier die kaufmännische Buchführung Anwendung findet.
3. Die enge Verzahnung zwischen dem Immobilienmanagement und dem Fachdienst Hochbau und die damit einhergehenden Synergieeffekte würden bei einer Eigenbetriebslösung aufgegeben werden, da es dann zwischen zwei organisatorisch unabhängigen Bereichen (FB IV und SBA) Abstimmungsbedarf gäbe.
4. Bei einer Verlagerung des Anlagevermögens sämtlicher städtischer Liegenschaften in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes würde in einem nicht unerheblichen Umfang der Handlungsspielraum der Stadt Ahrensburg in finanzieller Hinsicht eingeschränkt werden.

Auf diese Bereiche wird näher eingegangen.

1. spricht aus Sicht des Finanzausschussvorsitzenden nicht für, aber auch nicht gegen eine Umwandlung. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass zwar städtischer Einfluss bleibe, aber die Vermögenswerte übergehen und der Finanzausschuss nicht mehr zuständig sei. Zuständig werde der Werkausschuss. Insbesondere die Übergabe der Vermögenswerte wird als kritisch

bewertet.

- Zu 2. würde der Ausschussvorsitzende die vorgezogene Einführung der kaufmännischen Buchführung für den Teilbetrieb ZGW zum 01.01.2008 begrüßen. Die Umstellung auf die Doppik wird erst zum 01.01.2009 verbindlich angestrebt. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass bis zum 01.01.2008 dann die Eröffnungsbilanz verbindlich zu erstellen sei. Diese vorbereitenden Tätigkeiten sind auch für den Regiebetrieb erforderlich.
- Zu 3. erkennt der Ausschussvorsitzende an, dass die Synergieeffekte sich ggf. reduzieren würden. Er weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Schnittstelle zum Bauhof entfalle. Dieser erbringe wesentliche Leistungen für die städtischen Immobilien.

Im Übrigen stellt der Ausschussvorsitzende auf Nachfrage der Verwaltung klar, dass es nach dem Antrag der CDU-Fraktion nicht nur um die Übergabe der Hausverwaltung gehe, sondern auch das gesamte Vermögen einschließlich anteiliger Kredite übergehen solle. Er spricht sich sogar dafür aus, die Sanierungsaufgaben – und damit den Hochbau – beim Eigenbetrieb anzugliedern. Dieses sei auch auf Landesebene so erfolgt. Die Verwaltung warnt vor derartigen Überlegungen.

- Zu 4. warnt die Bürgermeisterin davor, alle wesentlichen städtischen Objekte vermögensmäßig in den Eigenbetrieb zu überführen. Ferner weist sie darauf hin, dass dasselbe Personal wie jetzt im Regiebetrieb im Eigenbetrieb tätig werde. Für die Stadt erschwere sich dagegen u. a. die Überwachung der Bauherrentätigkeit z. B. beim Neubau eines Objektes.

Der Berichterstatter äußert seine Einschätzung, dass der Betrieb „Zentrale Gebäudewirtschaft“ inhaltlich nicht zum Eigenbetrieb Stadtentwässerung gehöre. Hier werde eine neue Verwaltung neben der Kernverwaltung geschaffen, die unangemessen groß sei. Allenfalls sei später ein eigenständiger Betrieb „Gebäudewirtschaft“ denkbar.

Ein Ausschussmitglied äußert den Wunsch, vor einer Entscheidung über eine mögliche Organisationsveränderung gutachterliche Beratung einzuholen. Evtl. könne das Gutachten Mummert & Partner fortgeschrieben werden.

Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass er im Eigenbetrieb kaufmännisches know-how bündeln wolle. Die Beobachtung auf Landesebene zeige nach Anfangsschwierigkeiten eine gute Arbeit. Das Land sei mit dem Betrieb zufrieden. Der Berichterstatter wendet ein, dass die Stadt ihre Vermögenswerte quasi an den Eigenbetrieb „verschenke“. Die Eigenkapitalverzinsung, welche die Stadt erhalte, zahle sie über die Miete mit.

Die Diskussion wird an dieser Stelle beendet. Über den Antrag ist von

der Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden.

10 Verschiedenes

10.1 Festkostenzuschuss für Kindertagesstätten

Ein Stadtverordneter regt an, als Deckelung zur Unterstützung der Kindertagesstätten einen Festkostenzuschuss zu gewähren. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass dieser für die einzelnen Kindertagesstätten unterschiedlich hoch sein müsste. Derzeit zahlen die Eltern 37,5 % als Elternbeitrag.

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass der Landesrechnungshof die Träger in der finanziellen Verantwortung gesehen habe. Hierzu ergänzt die Bürgermeisterin, dass sich die Kirchen an den Ausgaben beteiligen.

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

11 Kennntnisnahmen

11.1 Zahlungen der Stadt an die GAG

Der Berichterstatter teilt mit, dass der Stadtverordnete Smith jüngst nach den Zahlungen der Stadt an die GAG gefragt habe. Dieses werde nunmehr auch dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Die Stadt habe in den Jahren 2003 bis 2006 an Beratungskosten 256.600 € bereitgestellt bzw. ausgegeben.

Ferner wurden 2004 aus dem Vermögenshaushalt 130.000 € zur Finanzierung der Gerichtskosten der GAG ein Darlehen gewährt (Auszahlung 101.000 €). Das Darlehen wird in Kürze von der GAG zurückgezahlt. In den Haushaltsjahren 2005 und 2006 sind weitere 942.800 € bereitgestellt worden. Diese Darlehen dienen der Planung und Durchführung von Netztrennungsmaßnahmen. Sie wurden zur Absicherung entsprechender Aufträge der GAG benötigt. Eine Rückzahlung erfolgt mit dem 1. Wirtschaftsplan der GAG (vermutlich im IV. Quartal 2006).

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll